



Amtsgericht Mettmann

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 29.06.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 4, Gartenstraße 7, 40822 Mettmann**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Haan, Blatt 9070,
BV lfd. Nr. 4**

Gemarkung Haan, Flur 41, Flurstück 106, Gebäude- und Freifläche, Am Schlagbaum 7, Größe: 1.399 m²

versteigert werden.

Laut Verkehrswertgutachten handelt es sich um ein freistehendes Zweifamilienhaus mit Nebengebäude. Das (Haupt-)Gebäude verfügt über zwei bzw. drei Wohnungen und ist unterkellert. Die im Dachgeschoss befindliche dritte Wohnung ist ggf. baurechtlich nicht genehmigt und der Ausbau ist nicht abgeschlossen. Bei dem Nebengebäude handelt es sich um ein Gartenhaus mit integrierter Garage. Aufgrund von Hinweisen zu Altlasten wurde ein ergänzenden Altlastengutachten eingeholt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.06.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

850.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.